

Schule ohne Bundeswehr NRW

c/o DFG-VK NRW Braunschweiger Str.22 44145 Dortmund
info@schule-ohne-bundeswehr-nrw.de 0231 / 8180 –32 (fon), -31 (fax)

Offener Brief des Bündnis „Schule ohne Bundeswehr NRW“ an den didacta Verband e.V. und den Verband Bildungsmedien e.V.

didacta Verband e.V.
Präsident Prof. Dr. mult. Wassilios E. Fthenakis
Rheinstraße 94
64295 Darmstadt

und

Verband Bildungsmedien e.V.
Christoph Bornhorn
Zeppelinallee 33
60325 Frankfurt am Main

Friedensbildung stärken statt Werbung für das Militär – didacta ohne Bundeswehr!

18. Februar 2013

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Fthenakis, sehr geehrter Herr Bornholm!

Vom 16.-23. Februar 2013 findet turnusgemäß wieder die Bildungsmesse didacta in Köln statt. Unter dem Motto „Bildung ist Zukunft“ richtet sich die „wichtigste Bildungsmesse Deutschlands“ an Lehrkräfte aller Bildungsbereiche.

Unverständlich erscheint es uns, dass die Bundeswehr mit einem der größten Stände in Halle 6.1 auf der didacta präsent ist. Erneut wird das Simulationsspiel POL&IS vorgeführt. POL&IS zeichnet ein Bild der politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Wirklichkeit, das den spielenden Schülern und Lehrern Militäreinsätze zur Konfliktbearbeitung als „normal“ und nützlich erscheinen lässt.

Für die Bundeswehr wird hier die Gelegenheit eröffnet, Ansprechpartner und Multiplikatoren für ihre Präsenz an Schulen in NRW und anderen Bundesländern zu gewinnen.

Diese auf die Darstellung militärischer, gewaltdominierter Lösungsmodelle orientierte Anwesenheit trifft auf immer breitere Kritik. Zuletzt forderte der nordrhein-westfälische Landesverband der GEW die Kündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen NRW-Schulministerium und Bundeswehr, Kinderschutzorganisationen wie UNICEF und terre des hommes kritisieren in ihrem jüngst vorgestellten „Schattenbericht Kindersoldaten“ die Praxis der Armee, an Schulen für die Einsatzpolitik im Ausland zu werben. Während auf der einen Seite auf der didacta Modelle und Methoden der gewaltfreien Konfliktbearbeitung für schulische Konflikte dargestellt werden, vermittelt die Bundeswehr schulische Angebote, die die gewaltsame, militärische Herangehensweise an internationale Konflikte propagieren. Dies schließt sich aus unserer Sicht gegenseitig aus.

Unserer Meinung nach muss in den Schulen und im gesamten Bildungsbereich über die Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik informiert und diskutiert werden. Dazu ist in §2 des Schulgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen als Bildungsziel der Schulen festgelegt: „Die Jugend soll erzogen werden im Geist der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, (...), zur Völkergemeinschaft und zur Friedensgesinnung“. Dem wird die bevorzugte Eigendarstellung der Bundeswehr im schulischen Raum mit ihrer einseitigen militärischen Ausrichtung nicht gerecht, kann es aus offensichtlichen Gründen auch nicht.

Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt die Auslandseinsätze der Bundeswehr entweder ab oder steht ihnen zumindest kritisch gegenüber. Vor allem der Kriegseinsatz in Afghanistan stößt auf große Ablehnung. Um diese Stimmung in der Bevölkerung zu beeinflussen, wurden auf Initiative des Bundesverteidigungsministeriums in Nordrhein-Westfalen und sieben weiteren Bundesländern so genannte Kooperationsvereinbarungen zwischen den Schulministerien und den jeweiligen Wehrbereichskommandos der Bundeswehr unterzeichnet. Auch die im letzten Jahr vorgenommene Überarbeitung der Vereinbarung in NRW hat an dem grundsätzlichen Problem nichts geändert, dass die Bundeswehr mit ihrem hauptamtlichen Apparat und millionenschweren Werbeetat an den Schulen eine Vorrangstellung behält. In anderen Bundesländern sind über die Kooperationsvereinbarungen sogar weiterhin Jugendoffiziere offiziell in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie von Lehrkräften eingebunden.

Wir wehren uns entschieden gegen eine institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und den Schul- und Kultusministerien, die der Bundeswehr in der wichtigen Frage der politischen Bildung im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik eine Sonderrolle zuerkennt. Notwendig sind stattdessen eine am Ziel Friedensgesinnung orientierte Meinungsbildung in Verantwortung der Schule durch unabhängige Lehrerinnen und Lehrer, die Schärfung der Gewissen der Jugendlichen und die Orientierung am Friedensgebot des Grundgesetzes.

Wir sprechen uns für eine Friedensbildung an den Schulen aus.

1. In die Ausbildung und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern müssen Module der Friedensforschung und Friedensbildung aufgenommen werden, damit fachlich gut ausgebildete Lehrkräfte den Schülerinnen und Schülern Friedenswissen und Friedenskompetenzen vermitteln können.
2. Fachleute aus Friedensforschung und Friedenserziehung sollen als Referentinnen und Referenten in den Unterricht eingeladen werden, ebenso Vertreterinnen und Vertreter der Friedensorganisationen.
3. Die Schulbücher der einzelnen Schularten müssen neu gestaltet werden, da Alternativen zur militärischen Konfliktintervention fehlen.

Die Anwesenheit der Bundeswehr auf der Bildungsmesse didacta vermittelt den Eindruck, als sei die herausgehobene Präsenz in der Armee im schulischen Raum eine akzeptierte Normalität. Dem widersprechen wir nachdrücklich!

Das Bündnis „Schule ohne Bundeswehr NRW“ fordert Sie auf, aus den oben genannten Gründen die Bundeswehr aus der didacta auszuschließen!

Mit freundlichen Grüßen,

Joachim Schramm

Bündnis „Schule ohne Bundeswehr NRW“